

# i Fijáte !

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 414 16. Juli 2008

14. Jahrgang

## "Früher waren es Glasperlen, heute sind es Freihandelsabkommen"

Das *International Gender and Trade Network* (IGTN) wurde 1999 gegründet sucht nach gerechten Alternativen gegenüber der Handelsliberalisierung und Finanzderegulierung, welche in verschiedenen Regionen der Welt die Verhandlungen über Freihandelsabkommen prägen. Das weltweite Netzwerk mit regionalen Koordinationsstellen vereint Frauenorganisationen oder Verbände, die in ihre Arbeit eine Geschlechterperspektive einbeziehen. Die Guatemaltekin Norma Maldonado ist aktives Mitglied des Netzwerks und Herausgeberin u.a. der Publikation "Mais: Mucho más que Tortillas", die auf der Webseite der Organisation heruntergeladen werden kann ([www.generoycomercio.org](http://www.generoycomercio.org)). Der folgende Artikel ist der Juni-Ausgabe der Zeitschrift *A-Genda: Género y Comercio en Centroamérica* entnommen.

Für Norma Maldonado ist das zur Debatte stehende *Assoziationsabkommen zwischen der Europäischen Union und Zentralamerika* (AdA) in erster Linie "Mehr vom selben: Die europäischen Firmen sind bereits hier und leben seit langer Zeit auf unsere Kosten".

Seit der Eroberung durch die Spanier diente die regionale Landwirtschaftproduktion der Sättigung des europäischen Marktes. Seit hunderten von Jahren hat sich der Einfluss sowohl des europäischen Kapitals wie auch einer kleiner Anzahl mächtiger europäischer Familien etabliert, die vom Export leben. Die *Unión Fenosa*, ein spanisches Unternehmen, das im Energiesektor tätig ist, oder die ebenfalls spanische *Telefónica*, die den Kommunikationssektor dominiert, sind zwei Beispiele europäischer Unternehmen, die in der Region operieren. Norma Maldonado: "Dieses Abkommen ist also nichts Neues. Neu hingegen ist, dass das Kapital und die Interessen der Investoren in neue Bereiche vordringen, nämlich in die Ausbeutung der Naturressourcen: Das Wasser, das bisher von den indigenen Gemeinden geschützt und bewahrt wurde; das fruchtbare Land, das von der Agroindustrie bisher noch nicht genutzt wurde wie z.B. Zuckerrohrfincas und Monokulturen wie die Ölpalme und Eukalyptus, welche völlig ausgelagte und sterile Böden hinterlassen; oder der Bergbau (die Minen) und die Biodiversität."

Norma Maldonado ist nicht nur die guatemaltekkische Repräsentantin des *Gender und Trade-Netzwerks*, sondern auch Vertreterin des *Frauenkomitees der Kontinentalen sozialen Allianz* und Mitglied des guatemaltekkischen Netzwerks für Ernährungssouveränität und -sicherheit. Seit vielen Jahren arbeitet sie mit Frauen aus indigenen Basisorganisationen, die sich mit den Themen Handel und Ernährung beschäftigen. Sie ist Verfasserin von didaktischem Material, das auf verständliche Weise über Handel, Markt und neoliberale Globalisierung aufklärt. Im Zentrum ihrer Publikationen steht das lokale Wissen, und es geht ihr darum, die lokalen Initiativen und Gruppen dahingehend zu stärken, dass sie den makro-

ökonomischen Kontext verstehen. "Ich bin überzeugt, dass das älteste Wissen über Landwirtschaft von den Frauen kommt. Nachdem sie gegessen hatten, was sie auf dem Feld oder im Wald sammelten, warfen sie die Samenkörner in ihren Garten und beobachteten und pflegten, was daraus wuchs. Die Hausgärten sind die ersten Versuchslabore und Samenbanken. Die indigene Ernährung ist vielfältig und ausgewogen, und es sind die indigenen Frauen, die das bewahrt haben, was wir heute noch an Biodiversität vorfinden. Wir müssen dieses Wissen als Grundlage nehmen und unsere Geschichte studieren. Die Art, wie damals die Landwirtschaft und der Handel organisiert waren, gibt uns Hinweise auf mögliche Alternativen zum aktuellen brutalen und entmenslichten System."

Eine solche Alternative, die in den letzten Jahren entstand, ist ein Netzwerk von Frauen, die meisten von ihnen Witwen und Überlebende des Massakers von Río Negro, welche ein Projekt lokaler Biodiversität haben. Nach dem Prinzip "von Bäuerin zu Bäuerin" wird Wissen weitergegeben und erworben. Es werden auch wilde und gezüchtete Samen ausgetauscht und verkauft. Im April dieses Jahres organisierten die Frauen eine dreitägige Messe zu einheimischem Saatgut - als Gegengewicht zur zeitgleich in der Region stattfindenden kommerziellen Messe zu genetisch verändertem Saatgut. Im Rahmen der Messe (übrigens bereits die dritte) zu einheimischem Saatgut fanden an zwei Tagen auch Informationsveranstaltungen statt. Diese waren wichtig, um die von den multinationalen Unternehmen lancierten Kampagnen für ihre hybriden Pflanzen in Verruf zu bringen und die Regierungspolitik zu kritisieren, die solche Kampagnen zugunsten der wirtschaftlichen Interessen und auf Kosten der Biodiversität und der Ernährungssouveränität explizit unterstützt.

Eine weitere Konfliktquelle zwischen den indigenen Gemeinden und den Interessen der Unternehmen ist das Wasser: "Alle guatemaltekkischen Flüsse entspringen in Regionen, die von Indigenas bewohnt sind." Gemäss Nor-

ma Maldonado haben die Abholzung der Wälder und der Anbau von Monokulturen für die Exportproduktion zur Folge, dass in vielen Regionen des Landes die Quellen ausgetrocknet sind. Für die indigenen Gemeinden haben Armut, sozialer Ausschluss und das korrupte politische System zur Folge, dass die Ressourcen, die sie geschützt und gepflegt haben, alles andere als ein Vorteil bringen, sondern im Gegenteil ihre Grundrechte verletzt werden: "Es gibt unzählige Pläne für den Bau von Wasserkraftwerken zur Energiegewinnung. Dies hat eine Privatisierung des Wassers zur Folge und bedeutet den langsamen Tod für die Dörfer. Es gibt jetzt schon Gemeinden, die kein Wasser mehr haben, weil es umgeleitet wurde zu den Stauseen grosser Wasserkraftwerke. Das Ziel ist, grossräumig die Bevölkerung zu vertreiben, vor allem in Zonen, die für den Bergbau und die Ölförderung interessant sind. Und um die Bevölkerung aus den Gebieten zu vertreiben, sind alle Mittel erlaubt."

Die Zivilbevölkerung hat laut Norma Maldonado grosse Probleme, sich in Verhandlungen über Freihandelsabkommen einzubringen. Ein Beispiel dafür war das DR-CAFTA-Abkommen zwischen Zentralamerika, der Dominikanischen Republik und den USA: es wurde hinter verschlossenen Türen ausgehandelt und war dermassen abstrakt, dass man erst viel zu spät die Gefahren und Konsequenzen erkannte, die es in sich barg. Die Zivilgesellschaft musste sich sämtliche Informationen über die Inhalte des Abkommens selber beschaffen, während die Regierung einen populistischen Diskurs über die Vorteile des Abkommens führte. Als es neun Monate später trotz massiver Proteste seitens der Zivilgesellschaft und zwei toten Demonstranten unterzeichnet wurde, mussten unzählige Verfassungsänderungsanträge eingereicht werden, um den Schutz der US-amerikanischen Interessen und Investoren zu garantieren.

Das Abkommen zwischen der EU und Zentralamerika enthält im Gegensatz zum DR-CAFTA eine so genannte "demokratische Klausel", die nebst dem freien Handel einen "politischen Dialog" und die "Kooperation" einbezieht. Dazu Norma Maldonado: "Man spricht von einem politischen Dialog, aber was wir davon sehen, ist genau das Gegenteil. Die Zivilgesellschaft wird nicht einbezogen, es gibt keine Transparenz und keine Klarheit darüber, was überhaupt verhandelt wird. Der Bevölkerung wird bloss mitgeteilt, welche Themen diskutiert werden, aber sie hat keinerlei Möglichkeiten, an den Verhandlungen teilzunehmen oder diese zu beeinflussen.

Die Kooperation ist eine von der EU für die Periode von 2007 - 2011 im Rahmen der regionalen Integration definierte Strategie, aber auch hier ist klar, dass es bei dieser Kooperation vor allem um den Bau von Infrastruktur geht, was schliesslich wiederum dem Handel und den Unternehmen dient."

Nebst dem Mangel an Möglichkeiten für eine reale Partizipation an den Verhandlungen (das gilt auch für die europäische Zivilgesellschaft), befinden sich die zentralamerikanischen zivilgesellschaftlichen Organisationen zusätzlich in einem Interessenskonflikt: Die Tatsache, dass das CC-SICA (die Instanz, die offiziell für den Einbezug der regionalen Zivilgesellschaft in die Diskussion über das AdA zuständig ist) von der EU finanziert wird und die Art ihrer bisherigen Konsultationen lassen an ihrer "Neutralität" zweifeln. Dazu Norma Maldonado: "Viele Organisationen denken, dass sie die EU nicht kritisieren dürfen, weil sie finanzielle Unterstützung von europäischen Organisationen bekommen - die möglicherweise ebenso gegen das neoliberale Modell sind, aber man weiss das nicht immer so genau. Die Kooperation seitens der EU ist ein Instrument, um einerseits Verwirrung zu stiften und um andererseits etwas Kosmetik aufzutragen, hinter der die wirklichen Interessen versteckt werden können. Sie ist ein Manipulationsfaktor, um ganz bestimmte Zwecke zu erreichen. Unsere Völker haben seit mehr als 500 Jahren mit Europa kooperiert - Europa hat eine historische Schuld uns gegenüber!"

Auch die europäischen zivilgesellschaftlichen Organisationen müssen eine klare Position zum aktuellen Wirtschaftsmodell definieren, die als Grundlage für eine starke Allianz mit ihren zentralamerikanischen Partnern dient. Norma Maldonado ist überzeugt, dass das Assoziationsabkommen mit der EU ernsthafte Konsequenzen für die zentralamerikanische Wirtschaft haben wird. Sie fordert von der europäischen Zivilgesellschaft weder Barmherzigkeit noch Solidarität, sondern die Übernahme von Verantwortung bei der Veränderung eines Wirtschaftsystems, das die natürlichen Ressourcen und damit die Lebensgrundlage von indigenen Gemeinden zu zerstören droht. "Das Assoziationsabkommen legitimiert und legalisiert die bereits stattfindende Ausbeutung. Während der *Conquista* waren es Glasperlen, heute sind es Freihandelsabkommen. Es ist ein sehr kurzsichtiger Blick auf das Leben und auf unseren Planeten, der nur den heutigen Gewinn im Auge hat und nicht in die Zukunft schaut. Es werden Territorien zerstört, die über Jahrhunderte von den indigenen Völkern gehegt und gepflegt wurden. Wir sind bedroht von grossen Unternehmen, und wir sind einer Aggression ausgesetzt, die unser Leben, unsere Kultur und unsere Zukunft bestimmt. Wenn man auf die 'Entwicklung' setzt, die das Assoziationsabkommen predigt, wird es keine nächste Generation mehr geben. Wir müssen einen Weg finden, um den ganzen Prozess zu stoppen, denn die Menschen können nicht mehr, und die Erde kann nicht mehr."

#### **Assoziationsabkommen EU-Zentralamerika: Fakten und Zahlen**

Seit dem Treffen in Guadalajara im Mai 2004 zwischen der EU und Zentralamerika verhandeln die beiden Regionen über ein Assoziationsabkommen (AdA), das die Themen "politischer Dialog", "Kooperation" und "Handel" beinhaltet. Viele Fachleute sind sich einig, dass das Freihandelsabkommen der wichtigste Teil des AdA ausmacht, während der politische Dialog und die Kooperation reine Rhetorik sind. Die EU ist nach den USA der zweitwichtigste Handelspartner für Zentralamerika. Im Jahr 2006 wurden für 9,829 Milliarden Euro Waren gehandelt. Der zentralamerikanische Markt macht hingegen für die EU nur 0,42% (4,847 Mrd. Euro) ihrer gesamten Exporte aus. Importiert wird aus der Region nach Europa für 5,064 Mrd. Euro, was 0,37% der EU-Importe ausmacht.

Das EU-Programm für Entwicklungshilfe (Kooperation) für die Jahre 2007 - 2013 umfasst 840 Mio. Euro.

Das Assoziationsabkommen wird explizit zwischen den beiden Regionen ausgehandelt, also zwischen der Europäischen Union und Zentralamerika. Es schliesst die Möglichkeit bilateraler Abkommen aus. Beim Treffen in Wien im Jahr 2006 wurde beschlossen, dass vor Inkrafttreten des AdA in Zentralamerika die regionale Wirtschaftsintegration (speziell die Zollunion) implementiert werden muss. Bis heute ist dies nicht geschehen. Angesichts der Tatsache, dass man die Verhandlungen bis in zwei Jahren abgeschlossen haben will, sind Zweifel angebracht, ob die doch sehr komplexe wirtschaftliche Integration in dieser kurzen Zeit realisiert werden kann.

## Petrocaribe - Guatemala ist dabei!

**Guatemala, 13. Juli.** Mit Álvaro Coloms Unterschrift hat sich Guatemala jetzt in das 18. Mitglied der 2005 von Venezuelas Präsident Hugo Chávez gegründeten Initiative *Petrocaribe* verwandelt, die unter speziellen Konditionen täglich rund 200'000 Barrel Rohöl und Erdölprodukte an Länder der Karibik und in Zentralamerika verkauft.

Da dies trotz allem eine Neuverschuldung bedeutet, bedarf es erst noch des grünen Lichts vom Kongress, das in etwa einem Monat erwartet wird, bevor Guatemala beginnt, täglich 20'000 Barrel Diesel aus Venezuela zu beziehen. Damit ist etwas mehr als ein Viertel des nationalen Tagesbedarfs an Diesel gedeckt. Im Vorfeld versuchten Guatemalas zuständige Minister noch einen günstigeren Preis auszuhandeln, doch Venezuelas Mitgliedschaft in der *Organisation erdölexportierender Länder* (OPEC) untersagte jeglichen Spielraum.

Der mit *Petrocaribe* geschlossene Vertrag sieht vor, dass 50% der Rechnung innerhalb von drei Monaten nach Lieferung zu zahlen sind, die anderen 50% nach einer Laufzeit von 25 Jahren mit 1% Zinsen und zwei Jahren Wechselfrist. Im Alltag sieht das so aus, dass die Regierung das Produkt zu *Petrocaribe*-Preisen an die Händler in Guatemala zum vollen Preis weiterverkauft und die 50%-Fristgelder in soziale Massnahmen investieren kann. Planmässig sollen dies 400 Mio. Quetzales (ca. US-\$ 54 Mio.) monatlich sein. Auf Grundlage die-

ser Perspektive hat Colom bereits die ersten Zusagen gemacht. So sollen unter anderem die Munizipalverwaltungen mit Extra-Geldern für lokale Projekte bedacht werden, kündigte der Präsident auf der ausserordentlichen Versammlung der *Nationalen Munizipalvereinigung* (ANAM) an.

Zunächst ist die Vereinbarung auf ein Jahr angelegt, die dann automatisch verlängert wird, wobei beide Seiten jederzeit von dem Vertrag zurücktreten können. Dieser beinhaltet zudem einen Absatz, nachdem sich Venezuela bei Interesse auch darauf einlassen kann, dass Guatemala die Rechnungen mit Produkten, Gütern oder Dienstleistungen begleicht.

Aussenminister Haroldo Rodas sah sich veranlasst klarzustellen, dass der guatemaltekeische Beitritt zu dem venezolanischen Programm ein reines Handelsvorhaben sei und keinerlei politische Kosten für Guatemala in seinen Beziehung zu anderen Ländern mit sich bringe. Eine klare Ansage an die USA also, die gerade mittels der *Initiative Mérida* ein dem *Plan Colombia* ähnliches Drogenbekämpfungsprogramm in Zentralamerika installieren. Rodas fügte hinzu, dass der guatemaltekeische Erdölversorgungsplan auch auch in keiner Weise einen Anschluss an die *Bolivianischen Alternative für Lateinamerika und die Karibik* (ALBA) nach sich ziehen werde, die ebenfalls von Chávez vorangetrieben wird und ein lateinamerikanisches Gegengewicht zur von den USA initiierten Freihandelszone ALCA darstelle.

Nach Belize, Nicaragua und Honduras ist Guatemala das vierte zentralamerikanische Land im *Petrocaribe*-Verband, Costa Rica evaluiert derzeit seinen Beitritt. Für Venezuelas Energie- und Erdölminister Rafael Ramírez stellt Guatemalas Schritt ein wichtiges Signal dafür dar, dass die Initiative mehr und mehr Vertrauen auch in Mittelamerika gewinnt.

Im Land und vor allem im Kongress ist man derweil noch zurückhaltend bis ablehnend, auch wenn sich Colom vor seiner Reise nach Venezuela zur IV MinisterInnenkonferenz der *Petrocaribe*-Länder noch persönlich um die Stimmen für sein Vorhaben bemüht hat. Neben der ideologischen Skepsis und der auf Jahre angelegten Mehrbelastung und Verschuldung des Staatshaushaltes bemängeln die KritikerInnen - darunter Nineth Montenegro von der Partei *Encuentro por Guatemala* (EG) und auch Otto Pérez Molina von der *Patriotischen Partei* - dass es weder eine fundierte Analyse des guatemaltekeischen Bedarfs und der Konsequenzen des Beitritts, keinen Finanzplan und auch keine abgestimmte Prioritätensetzung für die Investition der Fristgelder gebe.

Obwohl der Präsident bereits kurz nach Amtsantritt sein Interesse an *Petrocaribe* kundgetan hatte, bleibt abzuwarten, welche Folgen seine Entscheidung mit sich bringt, mehr oder weniger im Alleingang Tatsachen zu schaffen anstatt in Abstimmung mit dem Kongress ein generell fundiertes und funktionierendes Regierungs- oder zumindest Energieversorgungsprogramm auf die Beine zu stellen und durchzuziehen.

### ¡Fijáte!

Herausgegeben von:  
**Solidarität mit Guatemala e.V.**  
**Bankverbindung:**  
**Postbank Karlsruhe**  
**BLZ: 660 100 75**  
**Kto. -Nr.: 32 95 01-751**  
**Redaktion:**  
**Barbara Müller**  
**Christiane Treeck**  
**c-tree@gmx.net**  
**Aboverwaltung:**  
**Ewald Seiler**  
**Rahel-Varnhagen-Str. 15**  
**79100 Freiburg**  
**fijate@web.de**  
**Jahres-Abo: 55.- •**  
**Auslands-Abo: 60.- •**  
**E-Mail-Abo: 50.- •**  
**Erscheinungsweise 14-täglich.**  
**Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.**  
**www.guatemala.de/Fijate**

## URNG-MAIZ auf dem Land

**Guatemala, 11. Juli.** Die Abgeordneten Walter Félix und Héctor Nuila des Zusammenschlusses aus der *Nationalen Revolutionären Einheit Guatemalas* und der *Breiten Bewegung der Linken* (URNG-MAIZ) engagieren sich derzeit unter anderem in der Suche nach Alternativen für die Schuldenbegleichung von BäuerInnen gegenüber dem *Landfonds* (FONTIERRA) in einigen Gemeinden, da diesen die direkte Zahlung nicht möglich ist.

Die Abgeordneten, die sich traditionsgemäss auch in der neuen Legislaturperiode oftmals als Vermittler in Land- und Arbeitskonflikten stark machen, sprachen die Schuldensituation jetzt vor den Führungsleuten von FONTIERRA an. Den betroffenen BäuerInnen aus den Departements San Marcos, Quetzaltenango und Santa Rosa habe von Anfang

an die fachliche Beratung gefehlt, um die Kredite zu tilgen, was jetzt zu einer vervielfachten Verschuldung geführt habe. Und aufgrund der ausbleibenden Zahlungen zum Anwachsen der Zinsen.

Nuila sieht zwei Lösungsoptionen, um den BäuerInnen Abhilfe zu verschaffen: den kompletten Erlass der Schulden oder aber die Neuverhandlung der Tilgung. Auch die kreditgebende *Ländliche Entwicklungsbank* (BANRURAL) wird in die Verhandlungen mit einbezogen, da vor dieser manche der Grundstücke mit Hypotheken belastet sind.

Seit Beginn des Jahres haben URNG-MAIZ bereits die erste Runde der von ihnen durchgeführten Öffentlichen Parlamentsforen abgeschlossen, auf denen sie sich ein Bild von der je lokalen Situation verschaffen - und den Kontakt mit der Basis aufbauen und pflegen.

## Kritik an EU-Abschiebungs-Richtlinie

**Guatemala, 11. Juli.** Der Kongress hat am Donnerstag einen Resolutionspunkt verabschiedet, um Druck auf die Exekutive auszuüben. Dies ist eine klare Stellung gegen die Mitte Juni vom Europaparlament (EP) gebilligte "Rückführungsrichtlinie zur effektiven Bekämpfung illegaler Migration". Laut dieser Richtlinie, die in etwa zwei Jahren in Kraft treten soll, erwartet eine Person ohne Aufenthaltsgenehmigung in einem europäischen Land eine Abschiebehaft mit einer Maximaldauer von sechs Monaten, in Ausnahmefällen von bis zu 18 Monaten. Das entspricht bereits der deutschen Regelung. In 2/3 der EU-Staaten gelten bislang kürzere Haftzeiten. Ferner gelten ein Wiedereinreiseverbot von fünf Jahren und Mindeststandards für die Abschiebeverfahren.

ren. Bislang haben die Länder jeweils selbst über das Prozedere entschieden.

Ähnlich wie die guatemaltekischen Nachbarländer und das *Zentral-amerikanischen Parlament* (PARLACEN), die ihre Ablehnung der Richtlinie bereits öffentlich gemacht haben, kritisiert auch Julio López Villatoro, Repräsentant des Kongresses vor dem Migrationsrat (CONAMIGUA), die Entscheidung der europäischen Länder kriminalisiere die MigrantInnen: "Dieser Beschluss ist beklagenswert, denn wir wissen, dass er nicht nur unter den GuatemaltekinInnen, die in Europa und vor allem Spanien leben, jetzt schon zu einer Art Psychose geführt hat", versichert López. Neben der eigenen Regierung hofft er auch ein Eingreifen von den Vereinten Nationen, um die EU zur

Revision des Entscheides zu veranlassen, der gegen die universalen Menschenrechte verstosse.

Das PARLACEN forderte derweil alle lateinamerikanischen und karibischen Staaten und Instanzen dazu auf, eine Front gegen die diskriminierende und rassistische Richtlinie zu bilden, um Massnahmen und Entscheidungen zur Verteidigung und in Solidarität mit den Millionen von MigrantInnen in Europa zu treffen.

Die Zahl der MigrantInnen, die aus Mexiko - das sich als effizienter Transit-Filter für die USA erweist - und aus den USA und Europa zurückdeportiert werden, steigt an. Allein in diesem Jahr sind aus Mexiko 21'000 GuatemaltekinInnen, aus den USA 13'000 und aus Spanien 200 abgeschoben worden.

## Waffengesetz geriert zur Farce

**Guatemala, 11. Juli.** Ende Februar stand der Kongress kurz davor, ein Waffen- und Munitionsgesetz zu verabschieden, das in Bezug auf das gültige Gesetz von 1989 den Kauf und Besitz von Feuerwaffen und Kugeln neu definierte und Restriktionen einführte. Auch war darin die Rede davon, in dieser Angelegenheit neue Strafbestände einzuführen und mit härteren Strafen zu belegen als bislang Usus ist.

Doch nach den zehn Jahren davor, seit beschlossen wurde, das bestehende Gesetz zu reformieren, und nach mehr als 80 Zusatz- und Abänderungsanträgen für die seit vier Jahren diskutierte Gesetzesinitiative, beschloss die zuständige Kongresskommission im Mai, besser eine ganz neue Norm zu formulieren. Einerseits sahen sich beispielsweise die Grossgrundbesitzenden in dem ihnen als BürgerInnen im Verfassungsartikel 38 festgehaltenen "Recht auf Waffenbesitz für alle" benachteiligt durch die angekündigte Regelung, den Besitz und Gebrauch von Waffen mit grosser Schussweite besonders einzuschränken. Damit wären sie auf ihren Fincas den bewaffneten Kriminellen schutzlos ausgeliefert, denn die staatlichen Sicherheitskräfte seien ja keine verlässliche Alternative.

Die schon nach kurzer Zeit als Rückschritt gegenüber der vorherigen Version bezeichneten Neuredaktion des Gesetzes war andererseits auch darauf bedacht, das Interesse der Waffen- und Munitionshändler einzubeziehen in dem Absatz, in dem von der Höchstmenge der vom registrierten Waffenbesitzenden käuflichen Munition die Rede ist.

Unter dem geltenden Recht darf jeder 500 Kugeln am Tag kaufen, 15'000 im Monat. Neben diesem Punkt waren die Klassifikation der Waffen und in erheblichem Masse die seit langem geforderten und in den Friedensverträgen verankerte Übertragung der Waffenkontrolle von der derzeit zuständigen militärischen *Abteilung zur Waffen- und Munitionskontrolle* (DECAM) zur *Generaldirektion zur Waffen- und Munitionskontrolle* (DIGECAM), deren Zuständigkeit dem Innenministerium unterliegt, die letzten drei von insgesamt 145 Artikeln der Gesetzesinitiative, über die sich die 19 Kommissionsmitglieder einfach nicht einigen konnten.

Als auf einmal die *Myrna Mack-Stiftung* dem Fraktionschef der *Nationalen Einheit der Hoffnung* (UNE), Mario Taracena, in Form einer Anzeige eine Mitteilung über seinen Parteikollegen und Kommissionsvorsitzenden für Innere Angelegenheiten, Luis Enrique Mendoza, machte: Dieser Abgeordnete, der sich in den letzten Wochen für die Neuformulierung des Waffen- und Munitionsgesetzes engagiert hat, ist selbst als Besitzer von zwei Waffenläden in den Departements Alta und Baja Verapaz eingetragen. Es sei kein Verbrechen, ein Geschäft zu haben, aber doch sehr fragwürdig, sich wissentlich in das Dilemma zu begeben, gleichzeitig Richter und Partei zu sein, vor allem, wenn es um das Wohl und die Sicherheit der Gesellschaft gehe.

Der ehemalige Militär und als solcher auch zeitweise für die Waffenkontrolle verantwortliche Mendoza streitet diesen Interessenkonflikt ab, da er

seit zwei Jahren aus den Geschäften ausgestiegen sei: Das eine sei aufgelöst und das andere würde von seinem Geschäftspartner weitergeführt. Vielmehr sei seine Erfahrung wertvoll für die Komplexität der Gesetzesthematik, hat der Kongress noch nicht definitiv darüber entschieden, ob Mendoza seinen Posten beibehält oder nicht. Der moralisch in Frage gestellte Abgeordnete verwies zudem darauf, dass nicht er allein die Initiative bestimme, sondern diese in der Kommission abgestimmt werde.

Mendoza hatte wohl mit der Loyalität seiner KollegInnen gerechnet, doch jetzt trat Anibal García, Fraktionschef der Partei *Encuentro por Guatemala* und Mitglied jener Kommission mit seiner Beobachtung an die Öffentlichkeit, mitbekommen zu haben, wie Mendoza die Gesetzesinitiative verändert habe, ohne die anderen mit einzu beziehen. Hinter deren Rücken habe der Kommissionsleiter mit interessierten Sektoren verhandelt, behauptet García.

Wahrscheinlich wird jetzt wohl doch das bis vor etwa zwei Monaten bearbeitete vorherige Gesetzesmaterial wieder hervorgeholt und für die endgültige und seit langer Zeit von verschiedensten Seiten geforderte Verabschiedung durch den Kongress vorbereitet.

Ausdrückliches Ziel des Gesetzes soll durch eine detailliertere Registrierung und erschwerten Erwerb von Waffen, Munition und Lizenz eine Reduzierung der illegal im Land zirkulierenden Waffen sein, die in den etwa 82% Tötungsdelikten durch Feuerwaffen rund 80% ausmachen.

## Militärische Forderungen, Bedürfnisse und Funktionswillkür

**Guatemala, 11. Juli.** Zwei Ankündigungen in den letzten vierzehn Tagen liessen die Diskussion um die Institution des Militärs in der Aktualität erneut aufflammen. Ende des letzten Monats rechtfertigte der Verteidigungsminister, General Marco Tulio García, seine Forderung nach einer schrittweisen Aufstockung der Armee um letztlich zwei Bataillone. Damit will er den Norden des Landes vor der Präsenz des Drogenhandels schützen. Für diese Aufgabe bräuchte er mindestens 1'000 SoldatInnen mehr, so García und nahm Bezug auf das Angebot von Präsident Álvaro Colom vor einigen Monaten. Dieses äusserte Colom in Zusammenhang mit der Richtigstellung einer Aussage seines Vizes Rafael Espada, der im Februar ankündigte, das Militär auf 30'000 SoldatInnen zu erweitern, um das organisierte Verbrechen zu bekämpfen. Espada selbst zog seine Aussage jedoch kurze Zeit darauf mit dem Kommentar zurück, er sei missverstanden worden. Coloms Versuch der Schützenhilfe für seinen Vertreter bestand daraufhin in der Aussage, dass, nähme man die Friedensverträge wörtlich, die Militärinstitution über eine Truppenstärke von 21'000 SoldatInnen verfügen müsste, "aber im Moment sehen wir dafür keinen Bedarf". Das sagte Colom im Februar.

"Die Armee zu vergrössern unter dem Vorwand den Drogenhandel zu bekämpfen ist nichts weiter als ein Euphemismus, um mehr Stellen zu schaffen", meint die Politanalystin Carmen Aida Ibarra von der *Myrna Mack-Stiftung* in Bezug auf den neuen Plan. Gleichzeitig sieht sie durchaus die Logik des Militäreinsatzes gegen den Drogenhandel als verfassungsrechtlich verankerte Funktion der Landesverteidigung gegen bewaffnete externe Bedrohungen. Denn als solche könne die Invasion des Drogenmafiaclans "Los Zetas" durchaus betrachtet werden, die Guatemala nutzen als Rekrutierungsquelle und Erholungsort für ihre Bosse, mexikanische Drogenhändler.

Im Moment verfügt das Verteidigungsministerium über einen Etat von knapp 1,2 Mrd. Quetzales (ca. 162 Mio. US-\$) und einen Personalbestand von 15'500 Personen. Die beantragte Aufstockung mache eine Etaterhöhung von 40 Mio. Quetzales nötig, schätzte García.

Am 30. Juni war dann der traditionelle "Tag des Militärs", ursprünglich Gedenktag der Liberalen Revolution von 1871, der sich aber in den letzten Jahrzehnten immer mehr zur Selbstdarstellungsbühne der Institution entwickelt hatte und aus gewaltigen Aufmärschen und Paraden bestand. Seit 1997 war die

Feier in Folge der Friedensverträge suspendiert, 2005 jedoch unter Präsident Oscar Berger und mit der Erklärung des damaligen Verteidigungsministers Aldana, eine "Botschaft der Einheit" an die Streitkräfte senden zu wollen, wieder eingeführt worden. (siehe Fijátes ¡338!, ¡389!). Heuer hatten lange im Vorfeld zahlreiche Menschenrechtsorganisationen zur Abschaffung der militärischen Zelebration aufgerufen. An ihrer Spitze forderte die Jugendorganisation H.I.J.O.S. (Söhne und Töchter für die Identität und Gerechtigkeit gegen das Vergessen und das Schweigen) stattdessen, diesen Tag den HeldInnen und MärtyrerInnen des Volkes zu widmen, die vom Staat massakriert worden seien. Zum einen fordern sie die Verurteilung und Bestrafung der Täter ein, zum anderen die Entmilitarisierung der indigenen und BäuerInnen-gemeinden. Eine Woche vor dem Datum wurde ein H.I.J.O.S.-Mitglied auf offener Strasse von zwei Soldaten eingeschüchtert und geschlagen und es wurde ihm gedroht, dass, wenn die Organisation nicht ihre Aktionen unterlasse, sie anfangen würden ihre Mitglieder zu töten.

Tatsächlich fand am diesjährigen 30. Juni nur ein Festakt zum 137-jährigen Bestehen des Militärs innerhalb der Hauptkaserne statt, wobei das Militär dies mit Sparmassnahmen begründete. Diese Veranstaltung nutzte Álvaro Colom zur Verkündung seines Projekts, die "territoriale Kontrolle" an den Grenzen Guatemalas zurückzugewinnen. Dafür will er das Etat des Verteidigungsministeriums für 2009 von 2,2 Mrd. Quetzales (ca. 300 Mio. US-\$) erhöhen, was beinahe einer Verdopplung des aktuellen Haushaltes gleichkommt. Investiert werden soll dieses Geld in die Ausrüstung und Modernisierung der Armee, die es seit 1996 nicht gegeben habe. Dies habe dazu beigetragen, die Reaktionsfähigkeit des Militärs gegen das organisierte Verbrechen zu schwächen.

Wie viele Armeevertreter beharrt auch der Sprecher des Verteidigungsministeriums, Jorge Ortega, darauf, dass die Friedensverträge eingehalten werden müssten, laut denen der Haushalt des Ressorts 0,66% des Bruttoinlandsprodukt (BIP) entsprechen müsse. Derzeit belaufe sich die Proportion auf 0,33%. "Wir bitten um das, was dem Verteidigungsministerium in Bezug auf die ökonomischen Zuwendungen zusteht, um die Rechte der GuatemalteKInnen zu verteidigen", rechtfertigte Ortega die in Aussicht gestellte Etaterhöhung. Neben der Entschädigung von einigen Militärs sowie die Ausbildung der SoldatInnen gemäss den nationalen Erfordernissen, müssten neue Technologien eingeführt werden. Denn "mit Fahrzeugen aus den

40ern, Flugzeugen aus dem Zweiten Weltkrieg und Hubschraubern aus dem Vietnamkrieg" könnte die Armee schliesslich nicht trainiert werden.

"Setzen wir aufs Leben oder auf den Tod? Die Aufstockung bedeutet, uns für den Krieg zu rüsten, während dessen die wirklichen Probleme des Landes ganz andere sind!", kritisiert Menschenrechtsprokurator Sergio Morales Coloms Ankündigung: "Diese Entscheidung führt zur Militarisierung der Gesellschaft und nicht zur Menschlichen Entwicklung."

So lehnen auch die sozialen und Menschenrechtsorganisationen die Stärkung der Armee ab und fordern stattdessen eine breitere Unterstützung für die *Nationale Zivilpolizei* (PNC). Nery Rodenas, Direktor des *Erzbischöflichen Menschenrechtsbüros* (ODHAG), warnt davor, dass das Wiedererstarken der Streitkräfte keinerlei wesentliche Begünstigungen für die Mehrheit der Bevölkerung mit sich bringe und vielmehr zerrüttende Folgen für eine Nachkriegsgesellschaft wie die guatemalteKische haben könnte. Für Mario Polanco von der Menschenrechtsorganisation *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) versucht die Regierung lediglich, ihre eigene Position mit Hilfe der Rückendeckung durch das Militär zu stärken.

Die oft erhobene Klage, die Finanzstruktur des Verteidigungsministeriums diene den jeweiligen Machthabern und einigen ihrer FunktionärInnen als "Kaffeekasse", um sich hinter dem gesetzlich statuierten Militärgeheimnis verbergen zu können, ist einer der Aspekte, die auch der Militäranalyst und Direktor der *Fakultät für Politische Studien und Internationale Beziehungen* an der *Universität Francisco Marroquín*, Pedro Trujillo, als Folgeerscheinung der unklaren gesetzlichen Funktionsbestimmung des Militärs benennt. Mit dem Verfassungsartikel, der besagt, die Aufgabe des Militärs sei es, "die Unabhängigkeit, Souveränität und Ehre Guatemalas zu bewahren, ferner die Unversehrtheit des Territoriums, den Frieden sowie die innere und äussere Sicherheit, ist sein Eingreifen in die Öffentliche Sicherheit abgedeckt. Gleichwohl habe es noch nie eine feststehende Verteidigungspolitik gegeben, ohne die eine solche Organisation aber nicht strukturiert werden kann", bemängelt Trujillo. Die Tatsache, dass keine eindeutige Richtung vorgegeben ist, führe laut dem Analysten dazu, dass die Armee selbst ihre Funktionen nicht klar habe und einfach in die verschiedenen Bereiche eingreife, abhängig von den Ansagen des jeweiligen Präsidenten.

Fortsetzung auf S. 6

Fortsetzung von S. 5

- Oder dessen Gattin, wie der derzeitige Einsatz von 160 SoldatInnen belegt, die im Zuge des Programms "Solidarische Beutel" des *Kohäsionsrates*, dem Coloms Ehefrau Sandra Torres vorsteht, Lebensmittelpakete an die ärmsten Familien, im Moment in der Hauptstadt bringen, nachdem sie diese zusammengepackt und in den Stadtvierteln Bedarfsinformationen erhoben haben. Im Gegensatz zu anderen aussermilitärischen Engagements, für das das Verteidigungsressorts stets einen finanziellen Aufschlag oder aber, wie bei den kombinierten Patrouillen auf den Strassen der Hauptstadt, die Finanzierung der eingesetzten 3'000 SoldatInnen vom Innenministerium einfordern, geht die Solidaritätsaktion auf das eigene Konto.

Angesichts der Resultate bezeichnet der Militärspezialist den willkürlichen Einsatz der SoldatInnen als wirkungslos: In Bezug auf die soldatische Beteiligung an der Öffentlichen Sicherheit seit der Regierung Berger ist dies mehr ein Thema zur Manipulation der Wahrnehmung durch die Bevölkerung, denn der Effektivität. Zwar befähige die Verfassung das Militär zum Eingreifen in die innere Sicherheit, jedoch nicht zur Festnahme von Personen oder Ermittlung oder Rettung von Menschenleben.

Auch im Kampf gegen den Drogenhandel seien durch das Militär keine Fortschritte erzielt worden. Dieses war zwar bei einigen Razzien beteiligt, jedoch unter Federführung des Geheimdienstes und des Drogendezernates. Als grösste Leistung der SoldatInnen nannte Trujillo die Identifikation von Orten,

wo Kleinflugzeuge mit Drogen zurückgelassen worden waren. Auch in Gebieten wie der Laguna del Tigre hat sich das Militär bislang als deklarierte Umwelt- und Naturressourcenschützer auch nicht bewährt.

Bislang habe sich jedoch noch kein Präsident dazu entschlossen, die SoldatInnen zur Bewachung der Grenzen und Küsten zu entsenden, ein Mandat, das tatsächlich in der Verfassung stehe, so Trujillo.

Unterdessen fordert Iduvina Hernández, Leiterin von *Sicherheit in Demokratie* (SEDEM), eine Säuberung des Militärs, vor allem der höheren Ebenen, bevor der Armee eine Verantwortungsfunktion zugewiesen werde, um zu garantieren, dass diese Institution nicht (noch mehr) vom organisierten Verbrechen infiltriert wird.

## "Ich will, dass Recht gesprochen wird"

**Guatemala, 04. Juli.** Die Dokumentation über 1'460 Fälle von Menschenrechtsverletzungen während des internen bewaffneten Konfliktes wurden Anfang des Monats vom *Nationalen Entschädigungsprogramm* (PNR) bei der Staatsanwaltschaft eingereicht. Laut PNR-Leiter César Dávila stellt diese Übergabe die erste von insgesamt 38'000 Fällen dar, die das Programm landesweit registriert und dokumentiert hat. Orlando Blanco, Leiter des *Friedens- und Menschenrechtssekretariat* (SEPREDEHPAZ) gab bekannt, dass die Mehrheit davon in Verbindung stehe mit aussergerichtlichen Hinrichtungen, erzwungenem Verschwinden und Massakern in indigenen Gemeinden. Die meisten der bislang in insgesamt zwölf Departements aufgezeichneten Gewalttaten stammten aus Huehuetenango, Quiché und Alta Verapaz. Als hauptsächlich Verantwortliche würden dabei immer wieder Mitglieder der Armee und der *Zivilen Selbstverteidigungspatrouillen* (PAC) ge-

nannt. "Es geht um eine institutionelle Verantwortung", so Blanco, "doch es obliegt der Staatsanwaltschaft mittels ihrer Ermittlungen die Befehlsordnung der Offiziere nachzuzeichnen, die für diese militärischen Operationen zuständig waren."

Ein Duplikat der Akten soll auch dem Spanischen Gerichtshof zugesendet werden zur Vervollständigung der Dokumentation des von Richter Santiago Pedraz unter schwierigsten Bedingungen geführten Prozesses wegen Genozids in Guatemala.

Erst kürzlich bezeichnete der spanische Richter Baltasar Garzón, der unter anderem im Zusammenhang mit dem internationalen Prozess gegen den chilenischen Ex-Diktator Augusto Pinochet bekannt wurde, es als "äusserst gravierend" und "absolut unannehmbar", dass in Guatemala eine Strafanzeige gegen seinen Kollegen Pedraz auf den Dienstweg gebracht wurde. "Ich glaube, dass die zuständigen Instanzen auf diploma-

tischem Wege die entsprechende Beschwerde einlegen sollten, denn ein solches Einnischen in die gerichtliche Funktion ist nicht tolerierbar. Man mag sich über die Zuständigkeitskompetenz streiten, aber es kann keine Anzeige gegen den Untersuchungsrichter erstattet werden, der einzig und allein gemäss dem Spanischen Recht und den entsprechenden internationalen Normen ermittelt."

Grund für Garzóns Unmut stellt die vierzehn Tage zuvor von dem im besagten Genozidprozess angeklagten guatemalteken Ex-General Ángel Aníbal Guevara eingereichte Klage gegen Pedraz, in der der ehemalige Verteidigungsminister Guatemalas den spanischen Richter des Amtsmissbrauchs und der Verletzung der Verfassung belangt. "Ich will einen Präzedenzfall schaffen und will, dass Recht gesprochen wird, denn dieser Richter hat mich ohne jegliche Beweise beschuldigt." Laut Guevara habe er 14 Monate in Haft gesessen ohne von einem/r RichterIn angehört zu werden.

## Polizeiarchiv geht in die Schweiz

**Guatemala, 09. Juli.** Das *Menschenrechtsprokurat* (PDH) hat dieser Tage eine Vereinbarung mit der Schweizer Regierung unterzeichnet, demzufolge die digitale Kopie des historischen Archivs der alten *Nationalpolizei* (PN) vom Schweizerischen Bundesarchiv übernommen wird.

Mitte 2005 waren erst in einem Keller eines Polizeikommissariats in der Hauptstadt, später auch in den Departements nebeneinander gestellt insgesamt rund acht Kilometer einnehmende Dokumente der verruchten Sicherheitsinstitution entdeckt worden, die von

Anfang des letzten Jahrhunderts bis zur Ablösung der PN durch die *Nationale Zivilpolizei* (PNC) datieren. (siehe ¡Fijáte! 340 u.a.)

In einem durch internationale Gelder finanzierten Projekt unter Federführung der PDH wurden in den letzten Jahren etwa 6,3 Mio. Dokumente digitalisiert. Diese stammen aus dem Zeitraum zwischen 1975 und 1985, in dem die meisten Menschenrechtsverletzungen während des internen bewaffneten Konflikts verübt wurden. Diese 10% des Gesamtbestandes des Archivs werden nun also in der Schweiz aufbewahrt und weiter

gepflegt. Damit soll nicht nur ihre Sicherheit, sondern auch der Zugang zu ihnen gewährleistet werden.

Unter dem Projektnamen "Friedensarchive" werden inzwischen die Militärarchive, so wie zur kurz nach Amtsübernahme von Álvaro Colom angekündigt, vom *Friedenssekretariat* (SEPAZ) gesäubert, geordnet und deklassifiziert. (siehe ¡Fijáte! 405) Die Gelder dafür stammen augenscheinlich aus dem Staatshaushalt, das Militär selbst stellt die Räumlichkeiten für die Bearbeitung und wohl auch erst einmal für die anschliessende Archivierung.